

Aktive Interessensvertretung aller Kolleginnen & Kollegen



INFORMATIONEN für die Kolleginnen und Kollegen der S-Bahn Berlin GmbH – Jan. 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Seit nunmehr 8 Jahren sind wir im Betriebsrat mit unserer unabhängigen Liste vertreten. In dieser Zeit haben wir uns erfolgreich für Eure Interessen eingesetzt. Vielen Kolleginnen und Kollegen konnten wir in kritischen Situationen helfen.

Unsere Aufgabe war es immer über den Tellerrand zu sehen und ein offenes Ohr für die Nöte unserer Kollegen zu haben. Der Chef sagt, komm doch mal, wir müssen uns unterhalten. Plötzlich tauchen Videoaufnahmen oder Informationen aus Sozialmedia auf und versetzt Euch in Erklärungsnot. Meist werden solche "Beweise" dazu genutzt bei Euch Schuldgefühle zu erzeugen. Wer sich jetzt hinreißen lässt und auf diese Anwürfe emotional eingeht, hat schon verloren. Gemäß DB Richtlinie Ril 107 (Tauglichkeiten) kann der Personalverantwortliche die Eignung bei einem Facharzt überprüfen lassen. Hier seid Ihr ohne Beistand der Willkür ausgesetzt. Damit solche Situationen nicht entgleisen, ist es notwendig, dass Ihr euch von Kollegen begleiten lasst, die Paroli bieten können. Ihr könnt gute Chefs auch daran erkennen, dass Sie den Betriebsrat von Anfang an einbeziehen. Nicht alle Chefs haben ihre soziale Verantwortung abgelegt.

Damit Ihr im Arbeitsschutz, Arbeit 4.0 und Arbeitszeit gut vertreten seid, treten „Wir“ wieder an.

Einige irrgeliteten Kollegen verblasen die Parole des Arbeitgebers. Der Polke muss weg, der will doch immer nur verhindern. Ist Verhinderung gute Betriebsratsarbeit?

Ja, wenn wir verhindern, dass unsere Personaldisposition ausgegründet wird. Wenn wir verhindern, dass der Fahrsimulator zur besten Auswahl genutzt wird und somit schwächere Kollegen auf der Strecke bleiben. Wenn wir verhindern, dass mittels Zugbeeinflussungssystem Kollegen permanent überwacht werden. Diese Haltung die Eure freiheitlichen Rechte verteidigt, ist keine Verhinderung, sondern der Kampf um Eure Freiheit. Freiheit tut nur dann weh, wenn sie nicht mehr vorhanden ist.

Nach dem Krieg erkämpften unsere früheren Kollegen für uns ein Rechtssystem, welches Euch viele Freiheiten gibt, die in anderen Ländern heute noch nicht vorhanden sind. Dazu gehört Diskriminierungsverbot, das Recht auf menschengerechte Arbeitsbedingungen. Trennung von Arbeitswelt und

Privater Welt, Meinungsfreiheit. Diese Rechte könnt Ihr leider persönlich im Betrieb nur schwer durchsetzen, da das Kräfteverhältnis zwischen Angestellten und Vorgesetzten immer ungerecht verteilt ist. Wir Betriebsräte kämpfen für Euch, ohne dass Ihr für Euren berechtigten Anspruch diskriminiert werden dürft. Daher handeln wir am stärksten mit allen rechtlichen Mitteln. Unbestechlich, ohne persönliche Vorteilsnahme, das könnt ihr an unseren persönlichen Werdegang bewerten. Erfolgreich setzen wir durch, dass jede betriebliche Vereinbarung für Jeden zwingend Wirkung entfaltet bleibt und nicht als gemeinsames Verständnis im Sinne der Chefetage aufgeweicht wird. Wählt daher:

Die Liste aktive Interessensvertretung aller Kolleginnen und Kollegen

Der rot-rot-grüne Senat setzt auf die Zerschlagung der Berliner S-Bahn

Obwohl die Fraktionen von rot-rot-grün die Pläne des Berliner Senats zur weiteren Ausschreibung der S-Bahn Anfang Dezember nicht durchgewunken haben, sondern Diskussionsbedarf angemeldet haben und obwohl angeblich eine Entscheidung für ein bestimmtes Handlungs-Modell noch nicht gefallen ist, wurde am 19. Dezember im Europäischen Gesetzblatt eine „Vorabinformation mit Aufruf zum Wettbewerb“ veröffentlicht. (19.12.2017 S243 – 506422-2017)

Währenddessen wird immer klarer, was die Folgen aller sogenannten „Alternativen“ sind. Alle „Alternativen“ sehen die **Zerschlagung der Berliner S-Bahn als integriertes System vor. Bisher hat die S-Bahn Berlin GmbH die Züge erworben, instandgehalten und betrieben. Was von der Berliner S-Bahn nach den Plänen des Senats übrig bleibt, steht in den Sternen. Ob der Betrieb der Berliner S-Bahn weiter aufrechterhalten werden kann, genauso.**

Die Berliner*innen wissen aus zahlreichen S-Bahn-Krisen, was eine nicht funktionierende S-Bahn für die Stadt bedeutet.

Der Berliner Senat argumentiert damit, dass er dafür Sorge tragen müsse, dass Berlin sich aus der Abhängigkeit eines Monopolisten befreit. Die S-Bahn Berlin GmbH wäre allein der Deutschen Bahn AG und ihren Interessen unterworfen.

Damit folgt der Senat den Grundüberzeugungen aller Neoliberaler, dass private es besser können als öffentliche Betriebe, sowie Wettbewerb zu besseren Ergebnissen führt. Das wurde in England so eindrucksvoll bewiesen, dass selbst die konservative Regierung inzwischen gezwungen war, Teile der Bahn-Privatisierung zurückzunehmen.

In jedem Fall, und das ist entscheidend, ein bestehendes funktionierendes

System, welches aufeinander technisch aufbaut und abgestimmt ist wird auseinandergerissen. Das wird fatale Folgen haben.

Deshalb ist auch ist die Empörung unter uns S-Bahnern groß.

So ist zunächst erst einmal klar, dass die bestehenden Werkstätten für S-Bahn-Züge nach und nach geschlossen werden. Insgesamt wären allein dort 1000 Mitarbeiter*innen von der Entscheidung des Senats betroffen. Auch der Fahrbetrieb wird den liberalen Bestrebungen zum Opfer fallen. Ausgründungen müssen folgen, um an der Preisschraube zu drehen.

Sehr groß ist das Unverständnis der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen: „Wir kennen die Probleme, wir haben den Gang in die Krise miterlebt.“ - „Im Jahre 2000 war die S-Bahn noch ein gesundes Unternehmen, die Probleme kamen mit dem Trimmen der S-Bahn auf den Wettbewerb und dem geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG. In diesem Prozess wurde die S-Bahn kaputtgespart.“ Das führte zur Krise und zum Zusammenbruch 2007 und 2009. „Wir haben frühzeitig auf die Probleme hingewiesen. Nicht die Politik und nicht die Manager haben damals das Problem gelöst, sondern wir S-Bahner haben die S-Bahn wieder aufgerichtet“, so eine Kollegin. Es war der Kampf der Kolleginnen und Kollegen, der damals dazu geführt hat, dass der Senat als Konsequenz eine Vergabe des S-Bahn rings an die Berliner S-Bahn beschlossen hat.

„Jetzt erhalten Wir, die maßgeblich dazu beigetragen haben, die Krise der S-Bahn 2009 zu lösen, zum Dank vom Senat einen Tritt in den Hintern.“

Es gibt nur einen Weg: die Deutsche Bahn AG und die S-Bahn GmbH müssen endlich dem Wettbewerb vollständig entzogen werden.

Die Gewerkschaft EVG und GDL haben die Pflicht mit allen gewerkschaftlichen Mitteln diesen Kampf zu organisieren und sich den Plänen des rot-rot-grünen Senats entgegen zu stellen. Die Politiker wissen, bisher hat noch kein S-Bahner der Privatisierung zugestimmt.

Die Berliner S-Bahn muss raus aus dem Wettbewerb !!!

Alle drei Varianten des Senats führen in die Zerschlagung der S-Bahn des integriertes staatliches Nahverkehrsunternehmen.

Natürlich gibt es ein „streng objektives Gutachten“, welches die verschiedenen neoliberalen Handlungsoptionen bewertet hat:

Variante 1: Vergabe an ein Eisenbahnunternehmen, z.B. an die Berliner S-Bahn oder ein anderes privates Eisenbahnunternehmen: Diese Variante bedeutet einen „extrem hohen“ Zuschussbedarf für das Land Berlin. Auch ist die Verhandlungsposition des Landes für Preise und Qualität besonders schlecht.

Variante 2: eigener Fahrzeugpool einer Gesellschaft des Berliner Senats

Die Fahrzeuge werden von einem Fahrzeugdienstleister beschafft. Er übernimmt die Instandhaltung für 30 Jahre. Das Eigentum wird dann an eine vom Land bestimmte Gesellschaft übertragen und das Land zahlt dafür einen Kaufpreis. Diese öffentliche Gesellschaft vermietet es an einen oder mehrere Betreiber. Der Zuschussbedarf wäre besonders niedrig und man habe eine gute Verhandlungsposition. Nachteilig wäre eine zusätzliche Verschuldung des Landes von 2,4 Milliarden. Kurz das wäre der günstigste Fall.

Variante 3: Fahrzeugdienstleister

Der Fahrzeugdienstleister (FDL) beschafft S-Bahn Fahrzeuge und übernimmt die Instandhaltung und Bereitstellungsverantwortung über 30 Jahre. Er vermietet die Fahrzeuge dann an ein oder mehrere Eisenbahnunternehmen, die das Land aussucht. Diese Variante hat nur einen mäßigen Haushaltszuschussbedarf.

Die Besonderheit: die FDL und Fahrzeughersteller können identisch sein.

Die einfachste Variante wurde nicht untersucht. Die Berliner S-Bahn übernimmt weiter die Beschaffung und den Betrieb der Fahrzeuge, also die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Berliner S-Bahn. Eine Stärkung des Einflusses des Landes Berlin und Brandenburg bei der S-Bahn AG, ein bisher noch 100iges Staatsunternehmen, wird erst gar nicht diskutiert und in die Bewertung einbezogen.

Das ist die Folge, wenn private Berater den Senat „objektiv beraten“ und wenn der politische Wille nur den „Wettbewerb“ kennt.

Zynismus

Die Sprecherin des Finanzsenators: Da das Land Berlin bisher nicht Eigentümer der S-Bahn sei, könne man auch nicht von einer Privatisierung sprechen. (nach jw, 3.1.2018)

Die Berliner S-Bahn gehört der DB-AG und diese noch dem Bund. Es ist richtig, dass diese in der privaten Rechtsform einer Aktiengesellschaft ist.

Aber mit der Berliner S-Bahn GmbH wird ein öffentlicher Betrieb zerschlagen, der in einer privaten Rechtsform ist.

Wenn der Finanzsenator so gegen Privatisierung ist, bliebe ihm nur der Weg dafür zu streiten, dass DB-AG aus der privaten Rechtsform in die öffentliche zurückgeführt wird. Das entspricht dem Willen der Mehrheit der Berliner Bürger und Bürgerinnen. Die S-Bahn-Kolleginnen und Kollegen wird der Finanzsenator dann in diesem Kampf auf seiner Seite haben.